

[thomas.strobl@cdu-bw.de](mailto:thomas.strobl@cdu-bw.de), [thomas.strobl@bundestag.de](mailto:thomas.strobl@bundestag.de),  
[winfried.kretschmann@gruene.landtag-bw.de](mailto:winfried.kretschmann@gruene.landtag-bw.de), [mail@gruene-es.de](mailto:mail@gruene-es.de)

## **Landesvereinigung Baden in Europa**

### **Koalitionsverhandlungen 2016**

### **Wahlprüfsteine der LV Baden, Antworten Grüne und CDU**

Sehr geehrter Herr Kretschmann, sehr geehrter Herr Strobel,

Die Landesvereinigung Baden in Europa hat im Vorfeld der Landtagswahl den Parteien Wahlprüfsteine übersandt. Die Antworten auf unsere Fragen waren nur zum Teil für Baden befriedigend.

Wir möchten Ihnen deshalb im Folgenden Forderungen aus badischer Sicht übersenden, die wir bitten, in die Koalitionsgespräche einzubringen. Dabei halten wir uns an die Gliederung unserer Wahlprüfsteine:

#### **1. Zentralisierung**

Baden-Württemberg ist im Vergleich zu anderen Bundesländern, mit Ausnahme von Bayern, zentralistisch organisiert, indem mehr als anderswo Behörden und Institutionen in der Landeshauptstadt organisiert sind. Selbst aber das Land Bayern hat die Notwendigkeit der Dezentralisierung erkannt und neuerdings ein großes Programm zur Dezentralisierung entwickelt, das sich bereits in der Umsetzung befindet. Auf diese Fragen ging bisher weder die Partei der Grünen noch der CDU ein. Ein solches Programm empfehlen wir dringend auch im Interesse der Einwohner von Stuttgart. Die Feinstaubbelastung ist ein deutliches Zeichen für die Überlastung des Stuttgarter Raums.

#### **2. Landtag**

Die von uns kritisierte Stuttgarter Dominanz im Landtag ist erfreulicher Weise inzwischen nicht mehr vorhanden, aber es gilt nun bei der Zusammensetzung der neuen Landesregierung darauf zu achten, dass „das Kabinett ein Spiegelbild der Einwohner der Landesteile“ sein sollte, wie es bei der Gründung des Landes Baden-Württemberg vereinbart wurde. Der Bevölkerungsanteil für Baden beträgt 46%, für Württemberg 54 %. Dies gilt auch für die Zusammensetzung der Landesregierung. Bei den Verhandlungen über die Gründung des Landes Baden-Württemberg wurde übereinstimmend beschlossen, dass die Landesregierung ein landmannschaftliches Spiegelbild sein sollte.

#### **3. Finanzielle Unterstützung der Regionen**

Die Bahnstrecke Appenweier – Straßburg muss von der Neuen Landesregierung als Teil der Europäischen Achse Paris-Budapest vorangetrieben werden, so wichtig wie die Strecke Stuttgart – Ulm, denn beide sind Teil der europäischen Achse Paris-Budapest. Der Ausbau der DB-Strecke Mannheim – Karlsruhe muss ebenfalls aus badischen Interesse vom Land gegenüber dem Bund vorangetrieben werden. Dabei legen wir größten Wert auf eine menschen- und umweltverträgliche Lösung der Güterzugtrasse, wie sie in Südbaden dankenswerter Weise erreicht wurde.

Wichtig ist uns der direkte Anschluss des Baden-Airports an die A5 und wir unterstützen die Planfeststellungsverfahren des Landkreises Rastatt. Dabei sind in diesem ökologisch sensiblen Bereich die Umweltgesichtspunkte von großer Bedeutung. Der ÖPNV sollte zumindest durch eine Verdichtung des Busverkehrs verbessert werden.

#### **4. Tri-Nationale Oberrheinregion**

Die Einrichtung der Tri-Nationalen Oberrheinregion hat in der letzten Legislaturperiode große Unterstützung erfahren und wird bei den Antworten zu den Wahlprüfsteinen von beiden Koalitionsparteien so gesehen. Diese Entwicklung muss weiterhin verbessert werden. Der Ausbau der bilingualen Schulen (s. Kappel) entlang des Rheins ist ein wichtiger Beitrag zur Ausgestaltung der Tri-Nationalen Metropolregion. Auch der Ausbau des öffentlichen, rheinüberschreitenden Verkehrs in der Tri-Nationalen Metropolregion muss dringend gefördert werden (siehe Weißbuch für die Strecke Rastatt-Roschwoog, das wir Ihnen per Post übersenden).

#### **5. Kulturelle Förderung (Ziff. 6 der Wahlprüfsteine)**

Unsere Ihnen übersandte und im Anhang nochmals beigefügte Untersuchung zeigt diese deutliche Benachteiligung. Als Beispiel dürfen wir nennen, dass die personelle Ausstattung in den badischen Museen weitaus geringer ist als in Stuttgart, obwohl bei der Gründung des Landes Baden-Württemberg vor 60 Jahren etwa die gleiche Personalzahl in beiden Museen zur Verfügung stand. Die einseitige Förderung im württembergischen Landesteil zur Zeit der Gründung des Landes hat zu dieser Schieflage geführt, die dringend geändert werden muss. So stehen in Stuttgart z.B. die drei bis vierfache Zahl an Präparatoren im Naturkundemuseum zur Verfügung als in Ka. Auch bei der Gebäudesubstanz der kulturellen Einrichtungen gibt es im badischen Landesteil großen Nachholbedarf in der Sanierung. So. z. B. beim Landesarchiv Freiburg, im Landesmuseum Karlsruhe oder beim Badischen Staatstheater, das bis heute kein eigenes Schauspielhaus hat, wie es bereits vor 45 Jahren versprochen wurde. Auch die Kunsthalle in Karlsruhe wartet seit Jahren vergeblich auf die von allen Parteien versprochene Erweiterung. Hier könnte ein „Leuchtturm-Projekt“ mit symbolischer Bedeutung für die Wertschätzung des badischen Landesteils geschaffen werden. Es muss dabei auch bedacht werden, dass die Kultureinrichtungen im badischen Landesteil wesentliche Strahlkraft in die Schweiz, nach Frankreich, in die Rheinpfalz und für die auf der A5 und der internationalen DB-Strecke verkehrenden Gäste entwickelt. Beim Naturkundemuseum in Karlsruhe sind in den letzten Jahren wichtige Schritte unternommen worden. Weiterer Sanierungsbedarf besteht im Ostflügel sowie bei der Sanierung von Kriegsschäden, die auch nach 70 Jahren noch immer nicht beseitigt sind. darüber hinaus fehlen Depot- und Sonderausstellungflächen. Im Interesse der wertvollen Kunstgüter ist die heutige Lagerung kaum mehr zu verantworten. Im Bereich der Majolika könnten Gebäudeteile für diese Zwecke aktiviert werden. Auch der stark reduzierte Bestand der Majolika mit ihrem wichtigen Angebot für Künstler sollte durch die Unterstützung der Stiftung durch das Land eine Zukunftschance erhalten. Schäden sind auch zu erwarten, wenn weiterhin die Sanierung der Schlossgärten, die bereits von früheren Regierungen mehrfach versprochen war, weiter zurückgestellt wird. Seit der Bundesgartenschau vor 50 Jahren wurde eine Weiterentwicklung der Gartenanlagen versäumt und nur mit einem geringen Mindestmaß gepflegt, Ein Parkpflgewerk liegt vor und muss dringend umgesetzt werden.

#### **6. Universitäten und Hochschulen (Ziff. 7 der Wahlprüfsteine)**

In der Vergangenheit gab es ein beträchtliches Defizit, das allein zwischen 2005 und 2014 zu einem Minderzuschuss für die badischen Universitäten von 1,37 Mrd. € geführt hat. Inzwischen ist erfreulicherweise eine Gleichbehandlung der badischen Universitäten erfolgt, der in der Zukunft so weitergeführt werden muss.

## 7. Stuttgarter Zoo (Ziff. 11 der Wahlprüfsteine)

In den Antworten wird immer wieder auf die „Adlige Gründung“ der Wilhelma hingewiesen. Dies trifft jedoch nicht zu, denn die ersten Tiere wurden erst nach Gründung des Landes Baden-Württemberg im Jahre 1952 dort angesiedelt. Die Wilhelma war bis dato ein reiner botanischer Garten. Die Förderung durch das Land führt zur Entlastung der Stadt Stuttgart. Gleichermäßen könnte man dies auch für die badischen Städte Karlsruhe, Heidelberg und Freiburg anwenden, deren Zoos ebenfalls „Leuchttürme“ sein könnten, aber keine Landeszuschüsse erhalten. In keinem Bundesland wird die Landeshauptstadt so stark gefördert wie in Baden Württemberg die Stadt Stuttgart.

Einige wichtige Themen, die in den Wahlprüfsteinen nicht angesprochen wurden, bitten wir in die Koalitionsverhandlungen einzubringen:

1. Die **Polizeidichte**, neben Ihrer von uns unterstützten Absicht zusätzliches Personal einzustellen, muss dringend eine Nachjustierung der Präsidien in den Landesteilen erfolgen. Unsere Untersuchung (s. Anlage) zeigt, dass die Polizeidichte im badischen Landesteil, insbesondere in den Bereichen entlang des Rheins viel zu gering ist.

2. Die **Bedeutung des Hochwasserschutzes** am Rhein ist in der letzten Legislaturperiode erfreulicherweise endlich erkannt worden. Die Mittel zum Ausbau der Retentionsräume und Ertüchtigung der Dämme wurden erhöht. Eine längerfristige Finanzierung ist dennoch dringend notwendig. Es muss deshalb eine Finanzierung zur Verfügung gestellt werden, die Planungssicherheit verschafft und die Region am Rhein vor der Katastrophe schützt.

3. Die **Stadt Mannheim** ist durch die Inversion der umfangreichen Kasernengelände belastet. Eine insbesondere finanzielle Unterstützung durch das Land ist dringend erforderlich.

4. Die **Stadt Baden-Baden** war und ist verstärkt in den letzten Jahren wieder zu einer wichtigen Repräsentanz für das Land Baden-Württemberg geworden. In der Zukunft muss die finanzielle Ausstattung durch das Land BW garantieren, dass die Einrichtungen wie Festspielhaus, Theater und Orchester das entsprechende Niveau halten können. Darüber hinaus gilt es, das Stadtbild mit seinen umfangreichen Grünanlagen zu erhalten und weiter zu entwickeln. Das Neue Schloss in seinem desolaten Zustand belastet die Stadt Baden-Baden. Beim Verkauf dieses bedeutenden, wichtigsten badischen Schlosses hat das Land unverständlicher Weise auf sein Vorkaufsrecht verzichtet. deshalb ist das Land für den derzeitigen Zustand zumindest mitverantwortlich. Ohne ein Engagement des Landes für eine europäische Einrichtung als Nutzung des Schlosses ist wohl keine Lösung in Aussicht.

5. Ein wichtiges Anliegen ist die Lösung der **Fluglärmbelastung am Hochrhein**. Hier hoffen wir auf ein noch stärkeres Engagement des Landes zur Entlastung der Bevölkerung.

6. Die Entwicklung des Nationalparks Nordschwarzwald und das Biosphären-Reservat Südschwarzwald bieten wichtige Entwicklungschancen für die badischen Regionen und müssen im Interesse des Landes weitergeführt werden.

Wir hoffen sehr auf die Lösung der Ihnen vorgetragenen Probleme in einem erfolgreichen Koalitionsvertrag und danken Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Robert Mürb